

## KRIEG IST MORD!

### Rosa und Karl - sie mobilisierten die Massen

Zum Gedenken an die 1919 ermordeten Arbeiterführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg fand am 19. Januar in Falkenstein eine gut besuchte öffentliche Kundgebung statt. Eingefunden hatten sich 70 Menschen aus allen Teilen des Vogtlandes. Diese Gedenkundgebung findet nun schon über zehn Jahre mit stets wachsender Teilnehmerzahl statt und ist zu einer Tradition der vogtländischen Linken geworden.

Uwe Adamczyk, Sprecher des Landesverbandes Sachsen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) hob in seiner Ansprache den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegen Militarismus und Krieg hervor. „Schon immer bedeutete das Säbelrasseln und eine Militarisierung der Gesellschaft letztlich Krieg - Krieg gegen Menschen, die im Grundsatz eigentlich nicht gegeneinander standen und stehen. Krieg war und bleibt die Durchsetzung von Machtinteressen der herrschenden Klasse mit militärischen Mitteln. Krieg ist Mord, bedeutet Zerstörung und Vernichtung. Opfer sind erster Linie jene die nicht an diesen Kriegen verdienen.“ Der Grundsatz der VVN-BdA „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ führt diese Vereinigung an die Seite aller, die unabhängig von Herkunft, politischer Bindung oder Religion für die Bewahrung des Friedens, gegen die Militarisierung der Gesellschaft und der Politik eintreten.

Prof. Peter Porsch, ehemals Landesvorsitzender der PDS Sachsen und Chef der PDS-Landtagsfraktion, mahnte, solche Gedenkveranstaltungen

nicht zu „Wallfahrten“ werden zu lassen, sondern sie als Gelegenheiten lebendiger Beschäftigung mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu gestalten.

Er erinnerte an Gedanken von Rosa Luxemburg, die gesagt hatte: „Marxismus ist eine revolutionäre Weltanschauung, die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muss, die nichts so verabscheut wie das Erstarren in einmal gültigen Formen, die am besten im geistigen Waffengeklirr der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft bewahrt.“

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg holten die Arbeitermassen auf die Straße, um sich gegen Ausbeutung und Krieg zu stellen, um ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und sich nicht lethargisch Militarismus und Imperialismus anzuliefern. „Dass Liebknecht und Luxemburg damit auch opportunistischen sozialdemokratischen Funktionären gefährlich wurden, liegt auf der Hand. ... Die verrieten allen Internationalismus, als es um die Kriegskredite ging. Die praktische politische Schlussfolgerung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs daraus waren schließlich der Spartakusbund und die KPD. Dazugelernt, liebe SPD? Antikriegspartei geworden? Leider nein!“

Auch die stellvertretende Bundesvorsitzende der LINKEN, Caren Lay, war



nach Falkenstein gekommen und stellte in ihrer Rede die direkte Verbindung zwischen dem politischen Erbe von Liebknecht und Luxemburg und der aktuellen Politik der LINKEN her.

Die Veranstaltung wurde durch eine Bläsergruppe aus Röthenbach musikalisch mit Melodien verschiedener Genres umrahmt. Zum Abschluss legten die Teilnehmer zahlreiche Blumen am Gedenkstein auf dem Carolaplatz nieder.

*Ernst Schwarzbach - Falkenstein*

<b>aus dem</b>	<b>Energiewandel sozial gestalten</b> .....	<b>Seite 2</b>
<b>Inhalt:</b>	<b>Sachsen und das Abwasser</b> .....	<b>Seite 4</b>
	<b>Schuldrechtsanpassungsgesetz</b> .....	<b>Seite 5</b>
	<b>Nach der Wahl ist vor der Wahl</b> .....	<b>Seite 7</b>



## ENERGIEWENDE SOZIAL GESTALTEN

Forum mit MdB Caren Lay in Falkenstein

Am Samstag, dem 19. Januar, fand im Anschluss an die Luxemburg-Liebnecht-Ehrung eine Diskussionsrunde im Ratskeller Falkenstein mit Caren Lay, stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN, statt. Sie informierte in einem mit über 50 Menschen gefüllten Raum über Strompreise, Stromsperrungen und wie sozial gerechte bezahlbare Energieversorgung aussieht. Um durchschnittlich 12 Prozent hat sich der Strompreis für die Endverbraucher zum Jahreswechsel erhöht. In Sachsen sogar um 13 Prozent. Im Jahr 2011 wurde 312.000 Haushalten in Deutschland der Strom abgedreht, weil diese ihre Rechnung nicht mehr begleichen konnten. Ein Leben ohne Strom ist aber nicht vorstellbar. Ein Leben ohne Strom ist in unserer modernen Gesellschaft einfach unmenschlich. Und die Stromkonzerne fahren gleichzeitig Milliarden ein.

Bundesregierung und Wirtschaft behaupten, schuld an den hohen Strompreisen sei das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), also Strom aus erneuerbaren Energien. Die EEG-Umlage steigt in diesem Jahr von 3,6 auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde. Viel stärker als die EEG-Umlage schlagen Steuern und Abgaben beim Strompreis zu Buche. Sie machen fast 30 Prozent des Strompreises aus. Hier könnte die Regierung direkt eingreifen und zu Gunsten der Verbraucher die Mehrwertsteuer senken.

Die Linksfraktion im Bundestag hat ein Konzept „Wie die Energiewende

sozial wird“ vorgelegt. Caren Lay erklärte dieses 7-Punkte-Programm zu einer sozialen Energiewende. Dieses Programm besteht aus folgenden Forderungen:

Die Willkür der Stromversorger bei der Preisbildung muss beendet werden. Wir brauchen eine funktionierende Aufsicht und Regulierung des Endkundengeschäftes beim Strom.

Die unberechtigten Industrie-Rabatte - fast 10 Milliarden EURO - müssen fallen, denn sie drücken den Preis für die Kilowattstunde um einen Cent nach oben.

Der Anstieg der Ökostromumlage von 3,6 auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde darf nicht zu einer weiteren Strompreiserhöhung für die Verbraucher führen. Dem muss mit einer Senkung der Stromsteuer in dem Maße entgegengesteuert werden.

Stromversorgung ist ein Grundrecht. Eine Grundversorgung muss gesichert sein. Die Energieversorger müssen dazu verpflichtet werden, den Privathaushalten ein an der Haushaltsgröße orientiertes kostenloses Grundkontingent zur Verfügung zu stellen. Ist das aufgebraucht, wird der Strom teuer.

Die Versorgung mit Strom ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Daher müssen Stromsperrungen ganz verboten werden.

Altgeräte sind die größten Energiefresser im Haushalt. Ein Ausweg stellt unsere Abwrackprämie für Altgeräte dar. Wer sich ein Neugerät kaufen möchte und damit Geld und Energie spart sowie auch die Umwelt schont, soll belohnt werden. Der Zuschuss bei einem Neugerät soll 200 Euro betragen.

Die energetische Gebäudesanierung ist wichtig, aber sie darf nicht vom Vermieter auf die Miete umgelegt werden. Die Mieter müssen konsequent geschützt werden. Die Mittel für die energetische Gebäudesanierung von gegenwärtig 1,5 müssen auf 5 Milliarden aufgestockt werden.

Im Anschluss stellte sich die stellvertretende Parteivorsitzende der Diskussion mit der Basis. Hierbei kam es zu einem interessanten Meinungsaustausch mit Themen, wie die Bundestagswahl 2013, aber auch Probleme des täglichen Kampfes um die Glaubwürdigkeit und Außenwirkung der DIE LINKE bei potenziellen Wählerinnen und Wähler. Bei dieser Thematik wurde auch klar, dass die Meinung der möglichen Wählerinnen und Wähler unserer Partei ist, dass sie die LINKE die letzten Male gewählt haben, aber von der Leistung, die erbracht wurde, enttäuscht waren. Dies sollte, auch nach Meinung von Caren Lay, sich ändern. Dazu braucht es aber eine verbesserte Außenwirkung und ein offenes Zugehen und Arbeiten mit den Medien.

Andre Hegel - Falkenstein

## AUCH DER LETZTE PLAUENER GROßBETRIEB IST NUR NOCH GESCHICHTE

Die Plamag ist ein typisches Beispiel für die kapitalistische Wirtschaftspolitik, die nach dem Beitritt auf dem Territorium der DDR durchgesetzt wurde. Was mit Wema und Plauener Gardine 1990 begann, setzt sich mit dem Aus für die Plamag fort und schließt den Kreis. Von den zehn Großbetrieben mit über 1000 Beschäftigten in Plauen, die es im Wendejahr 1989 im Vogtland noch gab, ist kein einziger übrig geblieben.

Bereits mit dem Verkauf der Plamag an westdeutsche Konkurrenten, wurde - wie bei vielen ostdeutschen Betrieben - die Axt an die Wurzel gelegt. Es war das typische Treuhandmodell, wie es vor 22 Jahren in ganz Ostdeutschland praktiziert wurde: Treuhand übernimmt Betrieb - Mitarbeiter entlassen - Verkauf - wichtigste Abteilungen in den Westen verlagern - weitere Mitarbeiter entlassen - Lohnkürzungen - nicht überlebensfähigen Restbetrieb aus dem Mutterkonzern auslagern - Insolvenz beantragen - weitere Mitarbeiter entlassen - erneute Verkaufsversuche scheitern - nach Abschluss des Insolvenzverfahrens Betrieb endgültig abwickeln und die letzten 200 von einst über 2000 Mitarbeitern entlassen.

Mit der Verlagerung der wichtigsten innovativen Abteilung „Forschung und Entwicklung“ und der Montage nach Augsburg wurde unserem Plauener über 100 Jahre bestehenden Traditionsbetrieb bewusst der tödliche Dolchstoß versetzt. Aus einem in der ganzen Welt bekannten Unternehmen wurde eine verlängerte, leider unverkäufliche Werkbank, krass ausgedrückt, eine Bastelbude. Solche finden so genannte „Investoren“ trotz niedriger Löhne im Beitrittsgebiet in Osteuropa noch viel billiger.

Es tut mir das Herz weh, was aus meinem einstigen Lehrbetrieb geworden ist.

*Dieter Riedler - Leubnitz*

## VIVERE MIT NEUEM VORSTAND

Aufbau einer Kontakt- & Koordinierungsstelle im Vogtland

Auf seiner im Dezember 2012 stattgefundenen Mitgliederversammlung hat der Verein Vivere - Leben für Vielfalt und Courage e.V. turnusmäßig einen neuen Vorstand gewählt. Die anwesenden Mitglieder wählten Jörg Menke aus Thoßfell zum Vorsitzenden und Josef Teufel aus Plauen als stellvertretenden Vorsitzenden in den neuen Vorstand. Die Funktion des Schatzmeisters wird zukünftig von Matthias Gräf aus Plauen begleitet. Als Beisitzer wurden der Plauener Benjamin Zabel und Ronny Siegel aus Chemnitz gewählt.

„Unser Verein hat sich im Jahr 2012 weiter positiv entwickelt und neue Mitglieder konnten hinzugewonnen wer-

den. Neben unseren Projekten, der Move-Kontaktstelle gegen Rechts in Plauen, dem Konzert „Rock für ein buntes Vogtland“ an der Göltzschtalbrücke konnten wir mit dem „ABC der Demokratie“ ein weiteres Projekt erfolgreich durchführen.

Im Vordergrund unseres Engagements steht dabei die Förderung des Abbaus von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homophobie und Diskriminierung sowie der Kampf für Toleranz, humanistisches Denken und demokratische Werte“, beschreibt der neugewählte Vorsitzende des Vereins Jörg Menke die Arbeit.

*PM*



© Clemens Scheumann / pixelio.de

## NEIES VON DR VUGTLÄNDISCHEN META

Wo unner Meta gelesen hot, dass unner MdB Hochbaum de Falkenstaaner Erfal auf dr Messe besucht hot, die dorten en Preis kriegt ham, hot se glei ihr Freindin, de Plauische Neideiteln aagerufen un gesocht:

„Wer ner dr Maa lieber rechtzeitig ze de Plamagianer gange un hät dennen in ihrer Nut geholfen. Aber die hot er allaane gelassen. Wu de Luft brennt, do ham se Schiss, wie dr Teufel vorm Weihwasser. Ner dort, wus schee is, lossen siech de feinen Herrn mit Schlips un Kroong saa. Dorten braung mer se aber aa net. Deshalb miss mer im Herbst de LINKEN wählN, domits emol besser werd bei uns.“

*Dieter Riedler - Leubnitz*



## SACHSEN UND DAS ABWASSER

Seit 1993 schlagen die Abwasserwelten in Sachsen hoch. Auch in den letzten Jahren erhitzte das Thema Abwasser die Gemüter der Menschen, wenn Grund- und Regenwassergebühren eingeführt oder die Preise erhöht wurden. Während seit Anfang der 90er Jahre die hohen Kosten für zentrale Anschlüsse mit langen Kanälen zu Protest führten, formiert sich seit 2007 der Widerstand gegen die dezentralen Anlagen.

Zunächst zur Statistik: In Sachsen sind etwa 90 Prozent der Bevölkerung (3,7 Mio.) an zentrale, kapitalintensive öffentliche Abwassersysteme angeschlossen. Rund 6,2 Mrd. Euro wurden von 1991 bis 2006 in Abwasseranlagen gepumpt, davon mehr als 3,6 Mrd. unserer Steuergelder. Jetzt treten Probleme mit der Unterauslastung der zentralen Anlagen auf, was zu Mehraufwendungen führt. Die demografische Entwicklung (Rückgang und Alterung der Bevölkerung) und der Kli-

mawandel mit Extremwetterereignissen (lange Trockenperioden, Starkniederschläge) verstärken diese Probleme. Immer weniger bezahlen immer mehr!

10 Prozent der Bevölkerung (etwa 600.000) insbesondere im ländlichen Raum entsorgen ihre Abwässer bis heute in Kleinkläranlagen oder abflusslosen Gruben. Diese sollen nun bis 2015 auf eine biologische Reinigung umgerüstet werden. Obwohl die Regierung ausdrücklich nicht dezentrale Abwasserentsorgung gleichsetzt mit Kleinkläranlagen auf jedem einzelnen Grundstück, praktizieren das der Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland (ZWAV) so. Der ZWAV Vogtland und die betroffenen Kommunen entledigen sich so ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Abwasserbeseitigungspflicht. Die Forderung des Umweltministeriums, bei dezentraler Planung vorrangig Gruppenlösungen (Kleinkläranlagen bis 50 Einwohner)

zu prüfen, bleibt im Vogtland unbeachtet. Damit wären für den Zweckverband Arbeit und Kosten verbunden, die man doch auch auf die Bürger abwälzen kann.

Gegen diese Praxis regt sich Widerstand. Vor allem ältere Menschen, die allein oder zu zweit in einem kleinen Häuschen leben, können die Umrüstung auf eine biologische Kleinkläranlage weder finanziell noch bautechnisch leisten. Sie brauchen Hilfe. Zumal die grundstücksbezogene Kleinkläranlage immer die teuerste Lösung bei Bau und Betrieb ist.

Im Vogtland wird sich am 9. März eine „Rentner-Bürgerinitiative“ gegen diese unsozialen Praktiken gründen. Als Sprecherin für direkte Demokratie unterstütze ich diese Initiative solidarisch.

*MdL Andrea Roth - Tannenbergesthal*



© Rico Schönebeck / pixello.de

## KOMMUNEN UND DAS ABWASSER

Es ist immer einfach für Landespolitiker, für bestimmte Probleme, den Kommunen die Schuld zu geben. In einem EU-Gesetz wurde die Abwasserentsorgung neu festgelegt. Es gibt nun die Möglichkeit einer zentralen Entsorgung oder den Bau von vollbiologischen Kläranlagen. Sachsen spielt einmal wieder eine Vorreiterrolle, denn schon bis 2015 muss in Sachsen jeder Hausbesitzer sein Abwasser auf die neue Art und Weise entsorgen. Durch eine Studie des Fraunhoferinstitutes wurden, meiner Meinung wahllos Orte festgelegt, welche einen zentralen Anschluss bekommen und welche nicht. Wo waren hier unsere Landespolitiker?

Für Kommunalpolitiker gibt es hier nur wenige Handlungsmöglichkeiten. Ich möchte dieses hier an einem Beispiel aufzeigen. Die Gemeinde Neuensalz besteht aus mehreren Dörfern. Davon wurden zwei nach der Studie des Fraunhoferinstitutes angeschlossen (Tal-

sperre). In den übrigen Dörfern sollen die Bürger die vollbiologische Variante nutzen.

Daraufhin versuchten die Ortschaftsräte mit dem Zweckverband für das jeweilige Dorf eine individuelle Variante zu finden. Diese Lösungen benötigen jedoch Zustimmung von mindestens 90% der Anwohner. Die erarbeiteten Varianten stellen aber eine enorme Geldbelastung für die BürgerInnen dar, so dass für viele, die schon eine Klärgrube besitzen, die vollbiologische Variante wirtschaftlicher ist. Verständlicherweise ist die Entscheidung, vollbiologische Variante oder zentraler Anschluss, für die Bürger vor allem eine finanzielle.

Ein Dorf konnte trotz hoher Kosten die benötigten 90% Zustimmung erhalten. Mechelgrün versucht nach einem gescheiterten Versuch jetzt eine Variante mit Pumpen. Ein weiterer Ortsteil versucht mit einem öffentlichen Brief

die Gemeinde zu nötigen, die Kosten zu übernehmen. Mit welchem Recht jedoch kann der Gemeinderat sagen, der eine Ortsteil wird angeschlossen und die Kosten übernommen und der andere nicht? Gerechtere wäre es nur wenn alle noch nicht angeschlossenen Ortsteile angeschlossen würden, aber dazu fehlt der Kommune das Geld.

Besonders hart trifft das nicht nur Rentnerinnen und Rentner sondern auch, allein lebende Menschen oder kleine Familien. Die Wut der BürgerInnen richtet sich aber nach meiner Meinung an die falsche Stelle, nicht die Kommunalvertreter sind dafür verantwortlich sondern die Politiker in Europaparlament, Bund und Land. So gerne wie einige Gemeinden alle Orte anschließen wollen würden, fehlt hier wie immer einfach das Geld.

*Janina Pfau Gemeinderätin Neuensalz/  
Ortschaftsrätin Mechelgrün*

## LERNFÖRDERUNG NUR FÜR VERSETZUNGSGEFÄHRDETE KINDER AUS HARTZ IV-FAMILIEN

So schreibt es das Bildungs- und Teilhabepaket vor.

Lernförderung nur für versetzungsgefährdete Kinder aus Hartz IV-Familien?

So schreibt es das Bildungs- und Teilhabepaket vor. In Paragraph 28 SGB II heißt es: „Bei Schülerinnen und Schülern wird eine schulische Angebote ergänzende angemessene Lernförderung berücksichtigt, soweit diese geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernziele zu erreichen.“

Im Juli 2012 wies das Sozialministerium von Nordrhein-Westfalen (NRW) seine kreisfreien Städte und Kreise trotzdem an, auch Schülerinnen und Schülern, die nicht versetzungsgefährdet sind, nach einer Einzelfallprüfung den Zugang zur Lernförderung zu gewähren, wenn in Aussicht steht, dass ein höheres Lernniveau erreicht werden kann. Damit würden die betroffenen Schülerinnen und Schüler verbesserte Aussichten auf dem Ausbildungsmarkt und der weiteren Entwicklung im Beruf erhalten und ihre Chancen verbessern, später ihren Lebensunterhalt aus eigenen Kräften zu bestreiten.

Der Sprecherrat der LAG Hartz IV wandte sich am 3. Dezember 2012 in einem Brief an die sächsische Sozialministerin mit dem Antrag, in gleicher Weise wie in NRW auch in Sachsen die Bedingungen für die Lernförderung zu öffnen. Unseren Antrages begründeten wir: „Das könnte auch die Verhältnisse des Ausbildungsmarktes verbessern helfen: Es sollte alles getan werden, die Anzahl der Schulabsolventen zu reduzieren, die trotz Schulabschluss und trotz offener Stellen wegen mangelnder Ausbildungsfähigkeit keine Ausbildung erhalten bzw. die Ausbildung abbrechen und dann nicht selten im Hartz IV-Bezugs landen.“

Finanzierbar ist diese Forderung, denn die für die Umsetzung des Bildungs- und Teilnahmepakts geplanten finanziellen Mittel wurden bei weitem nicht ausgeschöpft, weil zu wenig Eltern Anträge stellten, Anträge auf Lernförderung mussten aber im Vogtlandkreis etwa zur Hälfte abgelehnt werden, da die betroffenen Schülerinnen und Schüler nicht versetzungsgefährdet waren.

Am 18. Dezember erhielten wir Ant-

wort. Die beauftragte Referatsleiterin teilte uns mit, dass das Sozialministerium derzeit unserem Anliegen nicht nachkommen könne, da insbesondere die Gesetzesbegründung zur Lernförderung die Einschränkung auf die Versetzungsgefährdung vorschreibt. Aber sie teilte uns auch mit, dass derzeit diskutiert wird, wie der unbestimmte Rechtsbegriff „wesentliches Lernziel“ auszulegen sei. Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz im November 2012 habe sich nicht auf eine einheitliche Auslegung einigen können. Es bleibe abzuwarten, ob diese Diskussion zu einem Ergebnis führt. Auch der Freistaat Sachsen habe Interesse an einer vernünftigen Umsetzung und beteilige sich an der Diskussion.

Wir meinen: Das ist eine Chance! Nutzen wir sie, indem wir uns zahlreich an dieser Diskussion beteiligen und eine breite Auslegung der Begriffe „wesentliches Lernziel“ und „Lernförderung“ fordern! Der Brief an die Sozialministerin kann von der Redaktion des Vogtlandboten angefordert werden.

*Dr. Dorothea Wolff - Auerbach/V.*

## „SCHULDRECHTSANPASSUNGSGESETZ“ WAR KALTE ENTEIGNUNG!

Grundsteuerzahlung bis 2012 ungesetzlich?

Das zum 01.01.1995 in Kraft getretene „Schuldrechtsanpassungsgesetz“ bedeutete eine klare Enteignung aller Garagenbesitzer, die in der DDR mit eigenem Geld und mit eigenen Arbeitsleistungen eine Garage auf volkseigenem Grund und Boden und mit staatlicher Genehmigung errichteten! Darauf hatte die PDS/Linke ebenso wie viele Vereine (zum Beispiel Haus und Grund) sowohl mit Stellungnahmen, Gesetzesanträgen und Petitionen damals mehrfach hingewiesen. Leider waren der Druck und vor allem das Wahlverhalten der ehemaligen DDR-Bürger nicht stark genug um dieses Gesetz zu ändern! Es konnte nur erreicht werden, dass die „Investitionsfrist“, also die die Möglichkeiten der Kommune bis zum 31.12.2006 „auf Eis“ gelegt wurden.

Kommunalparlamente - wie in Auerbach und Falkenstein - die vor Ablauf dieses Termins einen Verlängerungsbeschluss fassten, haben ihren Garageneigentümern eine noch längere Sicherheit über ihr ehemaliges Eigentum gesichert. Unsere Fraktion im Stadtrat Treuen hatte 2006 einen gleichen Antrag gestellt. Der Leser wird es ahnen: Im Treuener Stadtrat ticken die Uhren anders! Das war auch bei anderen Anträgen wie Essengeldzahlungen und andere Hilfen für sozial Benachteiligte so.

Aus Eigentümern wurden schon 1995 Nutzer! Trotzdem mussten wir alle bis zum 31.12.2012 Grundsteuer B für ein Bauwerk bezahlen! Das war keine kommunale Festlegung, sondern eine der Finanzverwaltung! Dass wir nun

von dieser Behörde, mit einem lapidaren Hinweis von dieser Zahlung freigestellt wurden, liegt wohl weniger an der Einsicht, dass man in der BRD für nicht vorhandenes Eigentum keine Steuern zahlen muss. Vielmehr vermute ich, dass diese Erkenntnis erst nach verlorenen Prozessen reifte! Weil aber nun der Grundstückseigentümer, eben die Kommune, die höhere Grundsteuer B für bebaute Grundstücke zahlen muss (an sich selbst!) legt er diese Mehrkosten (bisher nur für unbebaute Grundstücke) über die erhöhten Nutzungsentgelte auf die Garagennutzer um.

*Peter Jattke - Treuen*

## NAZIS DEMONSTRIEREN – DIE STADT HILFT MIT

Etwa 35 Nazis vom „Freien Netz Süd“ und der RNJ Vogtland demonstrierten Anfang Januar vor dem Plauener Arbeitsamt. Die Kundgebung fand im Rahmen der Kampagne gegen Zeitarbeit des „Freien Netz Süd“ statt, mit der die bayrischen Nazis schon seit geraumer Zeit durch die Lande tingeln. Während die bisherigen Auftritte des Nazi-Wanderzirkus zumeist von Protesten begleitet waren, passierte diesmal rein gar nichts. In gewohnt scharfsinniger Manier meldete die „Freie Presse“ im Lokalteil, dass Proteste ausblieben, da schlicht und einfach niemand von der bevorstehenden Nazikundgebung wusste.

Bereits 2011 und 2012 fanden Naziaufmärsche in Plauen statt. Die Stadtverwaltung forcierte jeweils eine Taktik der Kriminalisierung und des Verschweigens. Trauriger Höhepunkt dessen war im Jahr 2011 die Genehmigung einer Naziroute, welche am Platz der ehemaligen Synagoge vorbeiführte. 2012 leugneten offizielle Stellen lange Zeit überhaupt das Vorhandensein einer Nazianmeldung.

Es existiert eine Kontinuität des Leugnens und Verdrängens in Plauen. In Abgrenzung von linken Gruppen und dem „Aktionsbündnis Vogtland Nazi-frei“ gründete sich ein „Runder Tisch gegen Rechtsextremismus“, welcher sich vor dem Naziaufmarsch im April

2012 gegen Blockaden und für räumlich getrennte Gegenaktivitäten aussprach. Die offizielle Legitimation des „Runden Tisches“ besteht mittlerweile darin, dass Vertreter der Stadt, von Parteien und von Kirchen sich an einem Tisch zusammenfinden, um bei Nazianmeldungen schnell und effektiv vorgehen zu können. Das Versagen dieses Konzeptes ist nun offensichtlich geworden.

Ein Protest gegen Nazis ist kein Protest, wenn er diese nur reflexartig auf Grund ihrer Nicht-Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der „guten Demokraten“ angreift, während er gleichzeitig die Hintergründe von Rassismus und Faschismus außen vor lässt, ihre Verankerungen im Kapitalismus ausblendet und letztlich linke Aktivisten auf eine Stufe mit rassistischen Schlägern und Mördern stellt.

Die abstruse Logik der Plauener Situation besteht nun darin, dass die Stadt mit dem „Runden Tisches“ eine bequeme Möglichkeit geschaffen hat, vor der Öffentlichkeit als „gute Demokraten“ dazustehen und sich ohne Imagegefahr gegen Rechts positionieren zu können, während die Taktik des Verschweigens weitergeht. Dass gerade mit dem Wegschauen vor rechter Pseudo-Kapitalismuskritik den Nazis die Deutungshoheit zu gesellschaftlichen Prozessen und sozialen Proble-

men überlassen wird, scheint im Establishment Plauens niemanden zu interessieren.

Der runde Tisch ist: Imagepflege, Gesicht zeigen, mit gutem Gewissen nach Hause gehen. Daher braucht ihn wirklich niemand, daher ist er für eine tatsächliche Auseinandersetzung mit Nazis, Alltagsrassismus und rechten Denkmustern nicht nur untauglich, sondern kontraproduktiv. Nur die wirklich bodenlose Dummheit der Organisatoren der Nazikundgebung, welche darin bestand, an einem Samstag vor einem geschlossenen Arbeitsamt an einer von Passanten wenig frequentierten Ecke eine Kundgebung durchzuführen, verhinderte eine breitere Öffentlichkeitswirkung der Nazi-propaganda.

Wir fordern Stadt und Ordnungsamt Plauen dazu auf, sich offiziell zum Verschweigen der Nazikundgebung vom 05.01.2013 zu äußern. Zweitens fordern wir alle Menschen mit einem Rest an Würde und Verstand zum Boykott des „Runden Tisches“ auf. Und drittens bitten wir die RNJ Vogtland, dem Runden Tisch und dem Plauener Ordnungsamt jeweils den längst fälligen Präsentkorb zu spendieren. Den haben sich die Vorzeigedemokraten diesmal wirklich verdient.

*Antifaschistische Gruppe Vogtland*

## ANSCHLAG AUF DAS ISLAMISCHE ZENTRUM IN PLAUFEN

Die von der NPD am 30.10.2012 auch in Plauen durchgeführte „Einmal Sachsen und zurück“-Tour, bei der Mitglieder der Partei ihre menschenverachtenden Parolen vor Gebetshäusern und Asylbewerberheimen zum Thema „Asylmißbrauch und Islamisierung“ kundtaten, hat bereits erste Auswirkungen gezeigt. Wie die Freie Presse mitteilte, haben Unbekannte in der Nacht zum Freitag einen möglicherweise fremdenfeindlich motivierten Anschlag auf das islamische Zentrum in Plauen verübt.

Das Motto der sogenannten Brandstiftertour der NPD setzt den Glauben der Muslime mit fundamentalistischen und terroristischen Bestrebungen gleich und schürt damit Ressentiments gegen die muslimische Bevölkerung. Ziel

der sachsenweiten Kundgebungen war es, an rassistische Einstellungen, welche in Teilen der Bevölkerung bestehen, anzuknüpfen.

Wir verurteilen diese feige und menschenverachtende Tat aufs schärfste und wenden uns mit dieser Erklärung an alle, die jegliche Form der Ausgrenzung, Diskriminierung und Hetze gegenüber muslimischen Vereinen und Gebetsstätten ablehnen und sich gleichzeitig für die Gewährleistung der Freiheit der Religionen sowie deren Wertschätzung einsetzen.

Wir rufen Sie hiermit auf: Beziehen Sie Stellung für ein tolerantes und vielfältiges Vogtland und gegen Vorurteile, Diskriminierung und Rassismus. Zeigen Sie Solidarität mit den Angehörigen

des Vogtländisch-Islamischen Zentrums.

*Move - Kontaktstelle gegen Rechts, Mobiles Beratungsteam - Regionalbüro Südwest, Kulturbüro Sachsen e.V., Pfarrer Hans-Jörg Rummel - Ev.-Luth. St.-Johannis-Kirchgemeinde Plauen, Opferberatung Chemnitz des RAA Sachsen e.V., Stefan Kademann - 1. Bevollmächtigter IG Metall Vst. Zwickau, Kathleen Müller-Stoltmann, Fanprojekt Plauen-Vogtland e.V., AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus in Sachsen, Karla Groschwitz - Synodale der Vereinigten Evangelisch Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Aktionsbündnis Vogtland gegen Rechts, DIE LINKE Oelsnitz/V., Linksjugend solid Vogtland, Janina Pfau, Frank Schwarz*



## MAX HOELZ ALS KLEINUNTERNEHMER

### Neue Erkenntnisse

Bisher war über die Tätigkeit des jungen Max Hoelz als Kinoerklärer in Falkenstein nur bekannt, was Manfred Gebhardt in seiner Biographie „Max Hoelz - Wege und Irrwege eines Revolutionärs“ schrieb: „Durch diese Tätigkeit wird er bald stadtbekannt. Er versteht es, die abenteuerlichen Filme mit so viel Spannung darzubieten, dass die Zuschauer die Handlung richtig miterleben. Seine dramatische Darstellung der Filmhandlung macht ihn so berühmt, dass mancher nur wegen seiner Erklärung ins Kino kommt.“ Hier ist auch der Grund zu finden, dass später Max Hoelz mit so einer Redegewalt und Suggestion tausende Menschen in großen Veranstaltungen begeistern und aktivieren konnte.

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es in Falkenstein vier Lichtspieltheater. Dabei wurde davon ausgegangen, dass Hoelz im LUNA-Kino tätig war. Durch den Falkensteiner Heimat- und Museumsvereins wurde im September 2013 eine Sonderausstellung „100 Jahre Passage-Lichtspiele“ gestaltet. Beim Quellenstudium durch Andreas Röß-

ler vom Museumsverein machte dieser eine interessante Feststellung: Max Hoelz war nicht nur Filmerkklärer in verschiedenen Kinos, sondern er eröffnete am 1. Mai 1913 sein eigenes Kino mit dem Namen „Central-Theater“ in der Schloßstraße 15. Dazu schaltete er im „Falkensteiner Anzeiger“ eine Anzeige, in der es hieß:



„Allen Freunden und Gönnern eines gesunden Humors ... gestatte ich mir

ergebenst mitzuteilen, daß ich das im Hause von Herrn C. L. Brückner befindliche Kino ‚Central-Theater‘ Schloßstraße 15, ab 1. Mai d.J. übernommen habe.

... Um freundliche Unterstützung meines jungen Unternehmens bittend zeichnet hochachtungsvoll Max Hoelz, ehemaliger Rezitator d. Dresdner Schloß-Bioskops-Theaters u. der ‚Weißen Wand‘ Falkenstein.“

Da davon auszugehen ist, dass Hoelz recht mittellos war, ist zu vermuten, dass sein späterer Schwiegervater, Fuhrunternehmer Buchheim, ihm finanziell behilflich war. Die „unternehmerische“ Arbeit des jungen Hoelz hielt nicht lange vor. Am 1. August 1914 begann der Weltkrieg. Hoelz meldete sich sofort als Kriegsfreiwilliger und kam bereits am 10. August an die Front.

*Heinz Kraus - Falkenstein, stellv. Vorsitzender des Geschichtsvereins „Freundeskreis Max Hoelz e.V.“*

## NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL

### Welche Informationen der letzten Bundestagswahl sind für den Wahlkampf wichtig?

Bevor mit dem Wahlkampf begonnen werden kann, sollte eine kurze Analyse erfolgen, auf welche Wähler wir in diesem Wahlkampf besonderes Augenmerk legen sollten. Dies heißt natürlich nicht, dass wir unsere bisherigen Wählerschichten vernachlässigen. Auch diese sind nicht mehr so fest verankert, sonst hätte DIE LINKE in Ostdeutschland nicht knapp 60.000 Stimmern bei der letzten Bundestagswahl verloren.

In der Altersgruppe von 30 bis 64 Jahre gibt es die meisten Wahlberechtigten in Deutschland. Nur leider schaffen wir es auch im Vogtland nicht, diese Wählergruppe in der Breite anzusprechen. Das schlechteste Ergebnis erreichten wir bei den 18 bis 24 Jährigen. Erschreckend ist, dass ein großer Teil der Jung- und Erstwähler die NPD wählen. Warum gibt es aber so ein geringes Interesse junger Wähler an unserer Partei? Sollte vor Ort ein spezifischer Jugendwahlkampf von jungen Men-

schen für junge Menschen organisiert werden?

Erfreulich ist, dass Wähler der Linken eine sehr geringe Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen aufweisen. Das heißt, wer seine Erststimme dem Direktkandidat seine Stimmer gibt, vergibt die Zweitstimme auch an DIE LINKE. In den letzten Jahren hat die Zahl der Frauen, welche DIE LINKE wählen zugenommen. Wir müssen noch mehr zeigen, dass wir eine emanzipatorische Partei sind und dass wir die frauenspezifischen Themen aufnehmen.

Wir sind die Interessenvertretung der Arbeitslosen, Arbeiter und Rentner. Dieses spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen wieder. Dennoch ist in den letzten Jahren festzustellen, dass immer weniger dieser Gruppe zur Wahl gehen. Wir müssen diese unsere Wähler wieder dazu bringen, dass sie ihr Recht zur Wahl auch nutzen. Aber

auch für Selbständige und Angestellte müssen wir Themen bieten.

Schon bei den letzten Wahlen haben wir im Vogtland versucht die Wähler zur Briefwahl zu animieren. Dennoch nehmen nur wenige potentielle LINKE-Wähler diese Möglichkeit wahr. Wir müssen also auch in diesem Wahlkampf wieder verstärkt für die Briefwahl werben.

Die nächsten zwei Jahre werden entscheidend für das Fortbestehen der LINKEN sein. In diesem Jahr geht es um den Wiedereinzug in den Bundestag und 2014 geht es um die Verteidigung der Kommunalmandate und Landtagesmandate. Bei immer weniger aktiven Genossen sollten wir uns genau darüber im Klaren sein, wie wir den Wahlkampf gestalten wollen. Jeder einzelne Genosse ist dazu eingeladen seine Vorstellungen und Ideen einzubringen.

*Janina Pfau - Mechelgrün*

## LINKER BLICK UND VOGTLANDBOTE TRAFEN SICH MIT AUTOREN

Eine sozialistische Zeitung, auch unsere Kreiszeitung der LINKEN, soll kollektiver Propagandist, Organisator und Agitator sein. Das heißt: gleichzeitige Innen- und Außenwirkung realisieren, Information und Aktivierung der Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN, Vermittlung von politischen Inhalten und Argumenten und Auseinandersetzung mit Politik der Regierungen im Bund, Land, Kreis und Kommune. So Peter Giersich zum Abschluß des gemeinsamen Autorentreffens Anfang Januar in Reichenbach unter Zustimmung seiner Hörer.

15 Autoren aus dem Vogtlandkreis und dem Landkreis Zwickau waren der Einladung der beiden Redaktionen gefolgt. Nach einem Jahresrückblick durch Vertreter der Redaktionen entfaltete sich eine lebhaftere, interessante Diskussion. Für den Vogtlandboten wurden die Probleme zum Anfang des Jahres 2012 dargestellt, die Mitte des Jahres mit der Neuformierung der Redaktion weitgehend überwunden werden konnten. Es erschienen im Jahr lediglich acht Ausgaben. Die Inhalte der Ausgaben waren orientiert am aktuellen Geschehen wie auch an Aktionen und Veranstaltungen linker Kräfte, vor allem der Linkspartei, und auch antifaschistischer Bewegungen. Die monatliche Auflagenhöhe musste reduziert werden. Es gelang nicht, unsere Genossen und Freunde zu mobilisieren, die Zeitung in größerer Menge an Nachbarn, Kollegen, Sympathisanten weiter zu geben.

Für den LINKEN BLICK gab Dr. Wilfried Bartsch eine kurze Einschätzung. Nach mehreren Wechseln des Redaktionsleiters besteht die Redaktionsgruppe nur noch aus drei Personen. Besonders bedankte er sich bei aktiven Autoren und bei Parteigliederungen. Auch im LINKEN BLICK fehlen immer noch genügend Wortmeldungen zu kommunalen Problemstellungen und Reaktionen auf Beiträge.

In der sehr lebhaft geführten Diskussion kamen fast alle Anwesenden zu Wort. Das gemeinsame Erscheinen beider Zeitungen in einem Heft wurde als Gewinn gewertet. Stärker solle

der Bildungseffekt des Blattes beachtet werden, indem Begriffserklärungen, Erläuterungen zu politischen Zusammenhängen, aber auch ausgewählte Beiträge aus anderen, professionellen sozialistischen Medien publiziert werden.

Besonders die jüngeren Teilnehmer forderten eine modernere, farbige Gestaltung der Zeitung, damit diese auch von jungen Menschen und Bürgern, die der LINKEN nicht nahestehen, angenommen werde. Unterschiedliche Meinungen gab es zum Umfang einzelner Beiträge. Einig war man sich darin, stärker die Leser zu Wort kommen zu lassen - sie müssen eben nur wollen.

Für und Wider gab es zur Frage, für wen die Zeitung gemacht wird, und die daran geknüpfte Frage nach dem Charakter des Blattes. Angesichts der Darstellung der LINKEN in der gegenwärtigen Medienlandschaft setzte sich doch die Auffassung durch, dass sowohl LINKER BLICK als auch Der Vogtlandbote eine bedeutsame Rolle in der gesamten Öffentlichkeitsarbeit der Linkspartei wahrnehmen müssen.

*Peter Giersich - Auerbach/V.*

### EINLADUNG

zur Kreiswahlversammlung der Partei DIE LINKE im Bundestagswahlkreis 166 - Vogtlandkreis

Die Kreiswahlversammlung findet am 23. Februar 2013 ab 10.00 Uhr im Gasthof Oberhermsgrün, Dorfstraße 53, 08606 Oberhermsgrün, statt.

**Schwerpunkte:**  
Aufstellung und Nominierung der Bewerber für ein Direktmandat für den Bundestagswahlkreis 166

Wahl der Vertreter des Kreisverbandes für die Vertreterinnenversammlung der Landesvertreterkonferenz der LINKEN Sachsen

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der LINKEN im Vogtlandkreis, die über das bürgerliche Wahlrecht verfügen.

### SCHUH DES MONATS



© Mandy Stockmann / pixello.de

### WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern des Vogtlandboten, die im Februar Geburtstag feiern können. Besondere Grüße an jene, welche einen „runden“ begehen oder über 80 Jahre jung werden:

Werner Zäbisch	Mylau	02.02
Erna Walter	Plauen	05.02
Michael Ruppert	Selbitz	06.02
Ilona Strobel	Markneukirchen	08.02
Käte Rennwanz	Plauen	10.02
Ruth Huhn	Unterheinsdorf	11.02
Lora Dietzsch	Reichenbach	13.02
M. Orscheschek	Treuen	14.02
Gerda Huberty	Plauen	18.02
Heinz Luft	Plauen	19.02
Helga Helbig	Plauen	24.02
Hella Günzel	Bad Elster	25.02
Horst Bartsch	Rodewisch	25.02
H. Schubert	Lengenfeld	27.02
Waltraut Scholz	Plauen	27.02
Inge Schneider	Rodewisch	29.02

Wir wünschen allen viel Gesundheit, viel Kraft und alles erdenklich Gute!

**Der Vogtlandbote**

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Sparkasse Vogtland, BLZ 87058000, Konto-Nr. 3552002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: redaktion@vogtlandbote.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19.01.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.02.2013.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Thomas Höllrich